



Herrn Bundeskanzler  
Olaf Scholz  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Berlin, 03.05.2024

## **Ein wichtiges Signal: Sechs Milliarden Euro für internationale Klimafinanzierung und 1,5 Milliarden Euro für internationale Biodiversitätsfinanzierung 2025 sichern**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

auf Deutschland ist Verlass – mit diesen Worten unterstrichen Sie letzten Freitag beim Petersberger Klimadialog die Verantwortung der Industriestaaten, öffentliche Gelder für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen. Wir danken Ihnen für diese Versicherung. Damit ist klar, dass die Bundesregierung ihre Zusage einhalten muss, 2025 ein Niveau von jährlich mindestens sechs Milliarden Euro Haushaltsmitteln für die internationale Klimafinanzierung zu erreichen bzw. zu halten und jährlich mindestens 1,5 Milliarden Euro für die internationale Biodiversitätsfinanzierung bereitzustellen.

Den globalen Herausforderungen sowie Deutschlands Verantwortung und Wirtschaftskraft angemessen wäre aus unserer Sicht ein Beitrag von jährlich mindestens acht Milliarden Euro an Haushaltsmitteln für die Klimafinanzierung und jährlich mindestens zwei Milliarden Euro für die Biodiversitätsfinanzierung 2025. Daher sind zumindest die bestehenden Zusagen unbedingt einzuhalten.

Als Exportnation und Verfechter einer regelbasierten Weltordnung muss Deutschland benachteiligte und von der Klima- und Biodiversitätskrise besonders bedrohte Regionen der Welt beim Klima- und Naturschutz, der Anpassung an die immer dramatischeren Auswirkungen der Klimakrise und den daraus resultierenden Schäden und Verlusten unterstützen. Dabei geht es nicht nur um das Einhalten von Zusagen und Glaubwürdigkeit, sondern auch um ökonomisches und politisches Eigeninteresse. Deutschlands internationale finanzielle Beiträge sind ein wesentlicher Beitrag für eine kluge Sicherheitspolitik, die den internationalen strategischen Gestaltungsspielraum erweitert und auch für die deutsche Wirtschaft in der globalen Transformation Vorteile bringt.

Wir stimmen Ihnen zu, dass der immense globale Finanzierungsbedarf für eine klima- und naturfreundliche Transformation nicht allein über öffentliche Gelder von Industriestaaten getragen werden kann. Gerade die besonders bedrohten und einkommensschwachen Länder brauchen auch in Zukunft aber vor allem öffentliche Gelder in Form von Zuschüssen und stark zinsvergünstigten Krediten. Viele dieser Länder zahlen schon jetzt mehr für die Tilgung von Schulden als für ihre eigenen Gesundheits- und Bildungssysteme. Das ist weder nachhaltig noch gerecht.

Es braucht bei den diesjährigen Klimaverhandlungen eine starke deutsche Stimme, damit auch andere Industriestaaten ihren Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Darüber hinaus ist es bei der UN-Weltklimakonferenz COP29 in Baku dieses Jahr entscheidend, dass Deutschland die Entwicklung eines neuen, bedarfsorientierten Klimafinanzierungsziels vorantreibt, das insbesondere die ausreichende Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel und die Bewältigung unvermeidlicher Verluste und Schäden sicherstellt. Im Rahmen eines solchen Ziels wird in den folgenden Jahren auch der deutsche Finanzierungsbeitrag steigen müssen. Darüber hinaus fordern wir weitere Mechanismen, mit denen etwa fossile Energiekonzerne und andere CO<sub>2</sub>-Verschmutzer mit Steuern und Abgaben in die Pflicht genommen werden, auch finanziell stärker zur Transformation beizutragen.

Auch bei der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention COP16 in Cali im Oktober werden Finanzierungsfragen eine zentrale Rolle spielen. Hier erwarten wir ebenfalls, dass Deutschland sowohl Druck auf andere Industriestaaten ausübt als auch Klarheit über den eigenen Beitrag herstellt, damit die bestehenden Zusagen der Industrieländer eingehalten werden: mindestens 20 Milliarden Dollar jährlich ab 2025 und mindestens 30 Milliarden Dollar jährlich ab 2030. Diese sind eine Grundvoraussetzung, damit die Ziele des Kunming-Montreal-Rahmenwerks für den Schutz der Natur von allen Staaten weltweit umgesetzt werden können.

Angesichts der drastischen Etat Kürzungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und im Auswärtigen Amt (AA) im Jahr 2024 und den von Bundesfinanzminister Lindner geforderten weiteren Kürzungen für 2025 sind Ihre Worte beim diesjährigen Petersberger Klimadialog ein wichtiges Signal. Deshalb erwarten wir Ihr Engagement für die konsequente Übersetzung in den kommenden Haushaltsverhandlungen, um weitere Kürzungen in den Etats von BMZ und AA zu verhindern und die Entwicklungs-, Klima- und Biodiversitätsfinanzierung nicht weiter zu beschneiden. Damit auf Deutschland wirklich Verlass ist.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert  
DNR-Präsident

in Vertretung für die oben genannten Organisationen